

Beglaubigte Abschrift

VERWALTUNGSGERICHT GREIFSWALD

Aktenzeichen:
4 B 2050/20 HGW



BESCHLUSS

In dem einstweiligen Rechtsschutzverfahren

Eva Rosen,
[REDACTED]

- Antragstellerin -

Proz.-Bev.:
Rechtsanwälte Friedemann Däblitz [REDACTED]
[REDACTED]

gegen

1. Landrat des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte Rechts- und Kommunalaufsichtsamt,
Platanenstraße 43, 17033 Neubrandenburg

2. Land Mecklenburg-Vorpommern, vertreten durch die Ministerpräsidentin,
Schloßstraße 2-4, 19053 Schwerin

- Antragsgegner -

Proz.-Bev.:

zu 2: Rechtsanwälte Weissleder & Partner,
Walkerdamm 4-6, 24103 Kiel

wegen

Gesundheit, Hygiene, Lebens- und Arzneimittel (ohne Krankenhausrecht)

hat die 4. Kammer des Verwaltungsgerichts Greifswald am

4. Dezember 2020

durch den Vizepräsidenten des Verwaltungsgerichts Ring,
den Richter am Verwaltungsgericht Stratmann und
die Richterin Lindner

beschlossen:

1. Der Antrag wird abgelehnt.

Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens.

2. Der Streitwert wird auf 5.000,00 Euro festgesetzt.

Gründe:

Der Antrag der Antragstellerin,

im Wege der einstweiligen Anordnung anzuordnen, dass die Antragsgegner es
vorläufig, bis zu einer Entscheidung im Hauptsacheverfahren **zu unterlassen haben,**
die Antragstellerin an der Anreise für die Teilnahme an drei für den 4. und 5.
Dezember 2020 in den Städten Neubrandenburg, Rostock und Schwerin
angemeldeten öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel zu hindern,

hilfsweise im Wege der einstweiligen Anordnung festzustellen, dass die Antragstellerin
vorläufig, bis zu einer Entscheidung im Hauptsacheverfahren berechtigt ist, für die

Teilnahme an drei für den 4. Und 5. Dezember 2020 in den Städten Neubrandenburg, Rostock und Schwerin angemeldeten öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel anzureisen,

bleibt ohne Erfolg.

Die Anträge sind hinsichtlich des Antragsgegners zu 2. unzulässig, da sie sich gegen den falschen Antragsgegner richten. Für den Vollzug des in § 5 Abs. 1 Corona-LVO M-V normierten Einreiseverbotes sind gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 8 b IfSAG M-V i. V. m. § 9 Corona-LVO M-V die Landkreise und kreisfreien Städte sowie die örtlichen Ordnungsbehörden zuständig.

Der Hauptantrag ist, soweit er sich gegen den Antragsgegner zu 1. richtet, unbegründet.

Nach § 123 Abs. 1 S. 2 VwGO kann das Gericht zur Regelung eines vorläufigen Zustandes in Bezug auf ein streitiges Rechtsverhältnis eine einstweilige Anordnung treffen, wenn die Regelung nötig erscheint, um wesentliche Nachteile für die Antragstellerin abzuwenden. Voraussetzung ist, dass die Antragstellerin einen Anordnungsanspruch und einen Anordnungsgrund glaubhaft gemacht hat. An die Glaubhaftmachung der Eilbedürftigkeit sind erhöhte Anforderungen zu stellen, wenn der Antrag auf eine Vorwegnahme der Hauptsache abzielt. Zielt der Antrag – wie auch hier – auf eine Vorwegnahme der Hauptsache, kann ihm nur dann stattgegeben werden, wenn der Antragstellerin ohne sofortige Befriedigung des Anspruchs schwere und unzumutbare, anders nicht abwendbare Nachteile entstünden, zu deren nachträglicher Beseitigung eine Entscheidung in der Hauptsache nicht mehr in der Lage wäre und ein hoher Grad an Wahrscheinlichkeit für den Erfolg in der Hauptsache spricht.

Diese Voraussetzungen sind vorliegend nicht gegeben. Zur Überzeugung der Kammer ist bereits ein Anordnungsanspruch nicht ersichtlich, weil bei der gebotenen summarischen Prüfung das in § 5 Abs. 1 Corona-LVO M-V geregelte Einreiseverbot der Einreise der Antragstellerin nach Mecklenburg-Vorpommern entgegensteht.

§ 5 Abs. 1 der Corona-Landesverordnung Mecklenburg-Vorpommern vom 28.11.2020 (Corona-LVO M-V) normiert, dass alle Reisen in das Gebiet des Landes Mecklenburg-Vorpommern untersagt sind, soweit die folgenden Absätze nichts Anderes bestimmen.

Die in [REDACTED] wohnende Antragstellerin unterliegt als nicht in Mecklenburg-Vorpommern wohnhafte Person dem Einreiseverbot. Soweit sie geltend macht, eine auf diesem Einreiseverbot basierende zu erwartende Verhinderung ihrer Einreise, greife in ihre durch Art. 8 Abs. 1 GG geschützte Versammlungsfreiheit in nicht gerechtfertigter Weise ein, dringt sie damit nicht durch.

Art. 8 Abs. 1 GG schützt die Freiheit, mit anderen Personen zum Zwecke einer gemeinschaftlichen, auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichteten Erörterung oder Kundgebung öffentlich zusammen zu kommen. Gemäß Art. 8 Abs. 2 GG kann dieses Recht für Versammlungen unter freiem Himmel durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes beschränkt werden. Derartige Beschränkungen sind im Lichte der grundlegenden Bedeutung von Art. 8 Abs. 1 GG auszulegen. Eingriffe in die Versammlungsfreiheit sind nur zum Schutz gleichwertiger anderer Rechtsgüter unter strikter Wahrung der Verhältnismäßigkeit zulässig (vgl. BVerfG, Beschluss vom 17.04.2020, 1 BvQ 37/20, juris).

Bei dem streitgegenständlichen Einreiseverbot in § 5 Abs. 1 der Corona-LVO M-V, die ihre Ermächtigungsgrundlage in § 32 Satz 1 und Satz 2 i. V. m. §§ 28 Abs. 1, 28 a, 29, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG findet, handelt es sich zunächst nicht um einen finalen Eingriff in Art. 8 Abs. 1 GG, sondern um eine infektionsschutzrechtliche Maßnahme, die faktische Auswirkungen auf die Versammlungsfreiheit hat. Dies hat der Gesetzgeber auch im Blick gehabt und in § 28 Satz 4 IfSG die Einschränkung der Versammlungsfreiheit als mögliche Folge von infektionsschutzrechtlichen Maßnahmen aufgeführt.

Die Regelung in § 5 Abs. 1 Corona-LVO M-V, deren legitimer Zweck die Verhinderung der Ausbreitung des Coronavirus ist, ist sowohl geeignet als auch erforderlich. Ein milderer Mittel, welches in gleicher Weise wirksam ist wie die Beschränkung von Einreisen in das Land Mecklenburg-Vorpommern, ist nicht ersichtlich.

Das Einreiseverbot ist auch im engeren Sinne verhältnismäßig. Vorliegend ist das durch Art. 8 Abs. 1 GG geschützte Recht auf die Teilnahme an einer Versammlung gegen das durch Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG geschützte Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit der Allgemeinheit abzuwägen. Bei der auf Grundlage des § 5 Abs. 1 Corona-LVO M-V zu erwartenden Einreiseuntersagung durch den Vollzugsdienst des Antragsgegners zu 1. ist zu berücksichtigen, dass es sich nicht um eine spezifisch versammlungsrechtliche Verfügung handelt, sondern um eine Regelung aus dem speziellen Ordnungsrecht. Vorschriften des speziellen Ordnungsrechts sind dann geeignet, das Grundrecht auf Versammlungsrecht zu beschränken, wenn sie dem Schutz kollidierender Verfassungsrechte die-

nen. So liegt der Fall hier. Durch die Corona-LVO M-V und das darin enthaltene Einreiseverbot sollen die von der festgestellten Pandemie ausgehenden Gefahren, welche insbesondere von sozialen Kontakten ausgehen, abgewehrt werden (vgl. OVG Greifswald, Beschluss v. 14.11.2020 – 2 M 824/20 –). Diesem Ziel ist vorliegend der Vorrang zu gewähren.

Im Rahmen dieser Abwägung von Grundrechten ist zu berücksichtigen, dass die derzeitige Situation im Hinblick auf das Coronavirus eine hohe Gefahr für das verfassungsrechtlich geschützte Leben und die Gesundheit einer Vielzahl von Menschen begründet. Die Ausbreitung des Covid19-Virus ist von der Weltgesundheitsorganisation als Pandemie eingestuft worden. Nach der aktuellen Risikobewertung des Robert Koch-Instituts (RKI) handelt es sich bei der Corona-Pandemie um eine auch in Deutschland sehr dynamische und ernstzunehmende Situation; das RKI schätzt die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland weiterhin als hoch ein, für Risikogruppen als sehr hoch; ab Ende August (KW 35) wurden wieder vermehrt Übertragungen in Deutschland beobachtet; dieser Trend hat sich im Laufe der Herbstmonate intensiviert; nach dem Teillockdown ab dem 1. November konnte der anfängliche exponentielle Anstieg in ein Plateau überführt werden, die Anzahl neuer Fälle ist allerdings weiterhin sehr hoch. Darüber hinaus ist die Zahl der zu behandelnden Personen auf den Intensivstationen stark angestiegen. (insgesamt dazu RKI, Risikobewertung zu COVID-19, Stand: 01.12.2020 https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Risikobewertung.html).

Um dieser Gefahr für die Bevölkerung zu begegnen und den sogenannten „Wellenbrecher-Effekt“ in Bezug auf die Ausbreitung des Infektionsgeschehens zu erreichen, sind Einreisen, die nicht von einem der in § 5 Abs. 2 bis 12 Corona-LVO M-V normierten Ausnahmetatbestände erfasst sind, in das Gebiet des Landes Mecklenburg-Vorpommern nicht erlaubt. Die faktische Auswirkung dieser Regelung begrenzt zunächst erstmal nur mittelbar den Teilnehmerkreis einer nach § 8 Corona-LVO M-V erlaubten Versammlung auf die Teilnehmer, die nicht vom in § 5 Corona-LVO M-V geregelten Einreiseverbot betroffen sind. Die Versammlungen als solche werden in ihrem Kernbereich nicht berührt und können auf Grundlage von § 8 Abs. 3 Corona-LVO stattfinden. Soweit die Antragstellerin durch das Einreiseverbot praktisch an der Teilnahme der Versammlungen verhindert wird, ist dies unter den Aspekten des Gesundheitsschutzes der restlichen Bevölkerung gerechtfertigt. Dabei ist in den Blick zu nehmen, dass die Antragstellerin nicht in der Ausübung ihres Grundrechtes auf Versammlungsfreiheit in jedweder Form gehindert ist. Es handelt sich bei dem streitgegenständlichen Sachverhalt lediglich um eine örtliche Be-

schränkung, die es ihr im Ergebnis faktisch unmöglich macht, derzeit in Mecklenburg-Vorpommern an einer Versammlung teilzunehmen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass es der Antragstellerin unbenommen ist, sich außerhalb von Mecklenburg-Vorpommern zu versammeln und ihre Meinung kundzutun. Vor diesem Hintergrund wiegt die Einschränkung, die sie hinzunehmen hat, in der derzeitigen Pandemiesituation nicht an jedem von ihr gewünschten Ort an einer Versammlung teilnehmen zu können, gegenüber den drohenden Gefahren für die Gesundheit und das Leben der Bevölkerung weniger schwer. Ließe man in der derzeitigen Situation die Einreise jeder Person zu, die beabsichtigt, an einer Versammlung in Mecklenburg-Vorpommern teilzunehmen, würde dies das Risiko der Verbreitung von Covid-19 erheblich erhöhen. Das Gericht hält es für angemessen und zumutbar, in der momentanen Situation nicht die Möglichkeit zu haben, zu jedem Ort zu reisen, um an einer Versammlung teilzunehmen. Hinzu kommt, dass es sich bei dem Einreiseverbot um eine zeitlich befristete Maßnahme handelt. Die Corona-LVO M-V tritt gemäß § 14 Abs. 2 Corona-LVO M-V mit Ablauf des 20.12.2020 außer Kraft. Vor dem Hintergrund der erheblichen Gefahren der Ausbreitung des Coronavirus, die durch die Beschränkung von Einreisen verringert werden sollen, ist das Recht der Antragstellerin auf die Teilnahme an einer Versammlung nachrangig zu behandeln. Die Einreise zu Versammlungen von Personen außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns stellt eine Erhöhung des Infektionsrisikos der hiesigen Bevölkerung dar, die nicht hinnehmbar ist. Insbesondere dann nicht, wenn es sich bei den Einreisenden um Personen handelt, die wie die Antragstellerin aus einem Gebiet mit deutlich erhöhter Covid-19-Aktivität kommen. Der 7-Tage-Inzidenzwert des Rhein-Neckar-Kreises, zu dem der Wohnort der Antragstellerin gehört, beträgt derzeit 136,8. Auch in der Stadt Erfurt, in der sich die Antragstellerin ausweislich ihrer eigenen Angaben in den letzten Tagen aufgehalten hat, beträgt der 7-Tage-Inzidenzwert derzeit 104,7 (vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/coronavirus-karte-deutschland-101.html>; zuletzt aktualisiert am 04.12.2020, 00:00 Uhr.) Die durch derartige Reisebewegungen entstehenden Risiken durch Verbreitung von Infektionen für die Gesundheit und das Leben der restlichen Bevölkerung, rechtfertigen diesen Eingriff in die Versammlungsfreiheit, der durch seine zeitliche Begrenzung zusätzlich an Intensität verliert.

Die Kammer erkennt dabei die Bedeutung und den konstituierenden Charakter der Versammlungsfreiheit nicht. Im Wege der praktischen Konkordanz ist der faktische Ausschluss von Versammlungsteilnehmern durch infektionsschutzrechtliche Vorschriften jedoch in der derzeitigen pandemischen Situation zum Schutz von Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG gerechtfertigt.

?

Soweit die Antragstellerin geltend macht, sie falle wegen der beabsichtigten Teilnahme an den Versammlungen unter die Ausnahmeregelung in § 5 Abs. 6 Corona-LVO M-V, dringt sie damit ebenfalls nicht durch.

Gemäß § 5 Abs. 6 Satz 1 Corona-LVO M-V gilt das Verbot in Abs. 1 nicht für Anlässe, bei denen die Anwesenheit der reisenden Person aus rechtlichen Gründen oder zur Erfüllung einer moralischen Verpflichtung zwingend erforderlich ist. Die Teilnahme an den streitgegenständlichen Versammlungen stellt nach Auffassung der erkennenden Kammer keinen Anlass dar, bei dem die Anwesenheit der Antragstellerin aus rechtlichen Gründen zwingend erforderlich ist und eine Einreise nach Mecklenburg-Vorpommern rechtfertigt. Die Durchführung der Versammlung selbst ist durch die Abwesenheit der Antragstellerin nicht gefährdet. Ein rechtlicher Grund für die Antragstellerin liegt nicht vor, da sie die Einschränkung in ihre Versammlungsfreiheit aus oben ausgeführten Gründen hinzunehmen hat. Auch die Gesamtsystematik der Corona-LVO M-V spricht gegen eine Auslegung, die die Teilnahme an einer Versammlung automatisch zum rechtlichen Grund im Sinne von § 5 Abs. 6 werden lässt. So sieht bereits der § 8 Abs. 3 eine Beschränkung des Teilnehmerkreises auf grundsätzlich 500 Teilnehmende vor. Aus dieser Beschränkung ergibt sich, dass § 8 der Corona-LVO aus infektionsschutzrechtlichen Gründen nicht die subjektiven Rechte auf Versammlungsfreiheit eines Jeden schützt, sondern dass faktisch ggf. Personen von der Teilnahme ausgeschlossen werden müssen. Aus diesem Grund ist auch der § 5 Abs. 6 nicht dahingehend auszulegen, dass die beabsichtigte Teilnahme an einer Versammlung einen rechtlichen Grund schafft, der die Einreise rechtfertigt. Dies ergibt sich auch aus dem Umstand, dass der Ordnungsgeber auch nach der Entscheidung des VG Schwerin vom 10.11.2020 – 7 B 2440/20 SN – keinen Ausnahmetatbestand für die Anreise zu Versammlungen – wie andere Bundesländer ihn in den jeweiligen Landesverordnungen haben - bei Erlass der Corona-LVO M-V vom 28.11.2020 geschaffen hat. Soweit die Antragstellerin aus diesem Verhalten der Landesregierung die Billigung der von ihr vorgenommenen Auslegung schlussfolgert, überzeugt dies schon deshalb nicht, weil der Antragsgegner zu 2. als Ordnungsgeber unmittelbar nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Schwerin mit der Schutzschrift vom 17.11.2020 deutlich zum Ausdruck gebracht hat, diese Auffassung gerade nicht zu vertreten.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 154 Abs. 1 VwGO.

Die Kammer sieht keine Veranlassung, den Regelstreitwert gemäß §§ 52 Abs. 2, 53 Abs. 2 GKG wegen des Vorliegens eines Verfahrens des einstweiligen Rechtsschutzes herab-

zusetzen, da mit der begehrten Entscheidung im einstweiligen Rechtsschutzverfahrens die Hauptsache faktisch vorweggenommen wird.

Rechtsmittelbelehrung:

I.

Gegen den Beschluss zu 1. steht den Beteiligten die Beschwerde zu.

Die Beschwerde ist innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe der Entscheidung schriftlich oder in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach - Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung (ERVV) - bei dem Verwaltungsgericht Greifswald, Domstraße 7, 17489 Greifswald, einzulegen.

Die Beschwerde ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung zu begründen. Die Begründung ist, sofern sie nicht bereits mit der Beschwerde vorgelegt worden ist, bei dem Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern, Domstraße 7, 17489 Greifswald, einzureichen. Sie muss einen bestimmten Antrag enthalten, die Gründe darlegen, aus denen die Entscheidung abzuändern oder aufzuheben ist und sich mit der angefochtenen Entscheidung auseinandersetzen. Das Oberverwaltungsgericht prüft nur die dargelegten Gründe.

Vor dem Oberverwaltungsgericht müssen sich die Beteiligten durch Prozessbevollmächtigte vertreten lassen. Dies gilt auch für Prozesshandlungen, durch die ein Verfahren vor dem Oberverwaltungsgericht eingeleitet wird. Die Beteiligten müssen sich durch Bevollmächtigte im Sinne von § 67 Abs. 4 Sätze 3 bis 7 VwGO vertreten lassen. Ein Beteiligter, der nach Maßgabe der Sätze 3, 5 und 7 zur Vertretung berechtigt ist, kann sich selbst vertreten.

Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse können sich durch eigene Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt oder durch Beschäftigte mit Befähigung zum Richteramt anderer Behörden oder juristischer Personen des öffentlichen

Rechts einschließlich der von ihnen zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse vertreten lassen.

II.

Gegen den Beschluss zu 2. kann schriftlich, in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach - Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung (ERVV) - oder zu Protokoll der Geschäftsstelle bei dem Verwaltungsgericht Greifswald, Domstraße 7, 17489 Greifswald, Beschwerde eingelegt werden.

Die Beschwerde ist nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200,-- Euro übersteigt oder das Verwaltungsgericht die Beschwerde in dem Beschluss zugelassen hat. Sie ist innerhalb von sechs Monaten einzulegen, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat; ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf dieser Frist festgesetzt worden, so kann sie noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden.

Ring

Stratmann

Lindner

**Die Übereinstimmung dieser Abschrift
mit dem Original wird beglaubigt:**

Greifswald, 4. Dezember 2020

Adomeit-Mencwel, Justizangestellte
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

Beglaubigte Abschrift

OBERVERWALTUNGSGERICHT MECKLENBURG-VORPOMMERN

Aktenzeichen:
2 M 869/20 OVG
4 B 2050/20 HGW



BESCHLUSS

In dem Verwaltungsstreitverfahren

Eva Rosen,
[REDACTED]

- Antragstellerin und Beschwerdeführerin -

Proz.-Bev.:
Rechtsanwalt Friedemann Däblitz,
[REDACTED]

gegen

1. Landrat des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte,,
Platanenstraße 43, 17033 Neubrandenburg

2. Land Mecklenburg-Vorpommern,
vertreten durch die Landesregierung,
diese vertreten durch die Ministerpräsidentin,
Schloßstraße 2 - 4, 19053 Schwerin

- Antragsgegner und Beschwerdegegner -

Proz.-Bev.:
zu 2: Weissleder Ewer, Rechtsanwälte Partnerschaft mbB,
Walkerdamm 4 - 6, 24103 Kiel

wegen

Gesundheit, Hygiene, Lebens- und Arzneimittel (ohne Krankenhausrecht)

hat der 2. Senat des Oberverwaltungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern am

4. Dezember 2020

durch den Vorsitzenden Richter am Oberverwaltungsgericht Redeker,
die Richterin am Oberverwaltungsgericht ter Veen und
den Richter am Verwaltungsgericht Dr. Kolm

beschlossen:

Die Beschwerde der Antragstellerin gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts Greifswald vom 4. Dezember 2020 wird zurückgewiesen.

Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens.

Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 5.000,00 Euro festgesetzt.

Gründe:

Mit angegriffenem Beschluss hat das Verwaltungsgericht die Anträge der Antragstellerin abgelehnt, im Wege der einstweiligen Anordnung anzuordnen, dass die Antragsgegner es vorläufig, bis zu einer Entscheidung im Hauptsacheverfahren zu unterlassen haben, die Antragstellerin an der Anreise für die Teilnahme an drei für den 4. und 5. Dezember 2020 in den Städten Neubrandenburg, Rostock und Schwerin angemeldeten öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel zu hindern, hilfsweise festzustellen, dass die Antragstellerin vorläufig, bis zu einer Entscheidung im Hauptsacheverfahren berechtigt ist, für die Teilnahme an drei für den 4. und 5. Dezember 2020 in den Städten Neubrandenburg, Rostock und Schwerin angemeldeten öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel anzureisen. Die Anträge hinsichtlich des Antragsgegners zu 2. seien unzulässig, da sie sich gegen den falschen Antragsgegner richten würden. Auch im Übrigen habe das vorläufige Rechtsschutzverfahren keinen Erfolg. Bei der gebotenen summarischen Prüfung stehe das in § 5 Abs. 1 Corona-LVO M-V geregelte Einreiseverbot der Einreise der An-

tragstellerin nach Mecklenburg-Vorpommern entgegen. Insbesondere sei das Einreiseverbot verhältnismäßig im engeren Sinne. Das durch Art. 8 Abs. 1 GG geschützte Recht auf Teilnahme an einer Versammlung sei gegen das durch Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG geschützte Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit der Allgemeinheit abzuwägen, was zu Lasten der Antragstellerin ausfalle. Zudem unterfalle die Antragstellerin wegen der beabsichtigten Teilnahme an den Versammlungen auch nicht unter die Ausnahmeregelung in § 5 Abs. 6 Corona-LVO M-V. Diese Vorschrift sei nicht dahingehend auszulegen, dass die beabsichtigte Teilnahme an einer Versammlung einen rechtlichen Grund schaffe, der die Einreise nach Mecklenburg-Vorpommern rechtfertige.

Hiergegen wendet sich die Antragstellerin mit ihrer Beschwerde.

Im Beschwerdeverfahren des vorläufigen Rechtsschutzes ist der Gegenstand der obergerichtlichen Prüfung nach § 146 Abs. 4 Satz 6 VwGO darauf beschränkt, den angefochtenen Beschluss des Verwaltungsgerichts anhand derjenigen Gründe zu überprüfen, die der Beschwerdeführer darlegt. Vor diesem Hintergrund verlangt das Darlegungserfordernis von dem Beschwerdeführer, dass die Beschwerdebegründung auf die rechtlichen oder tatsächlichen Erwägungen eingeht, auf die das Verwaltungsgericht seine Entscheidung stützt. Die Beschwerdebegründung muss an die Erwägungen des Verwaltungsgerichts anknüpfen und aufzeigen, weshalb sich diese aus der Sicht des Beschwerdeführers nicht als tragfähig erweisen bzw. aus welchen rechtlichen oder tatsächlichen Gründen der Ausgangsbeschluss unrichtig sein soll und geändert werden muss. Dies erfordert eine Prüfung, Sichtung und rechtliche Durchdringung des Streitstoffs und damit eine sachliche Auseinandersetzung mit den Gründen des angefochtenen Beschlusses. Der Beschwerdeführer muss sich insofern an der Begründungsstruktur der angegriffenen Entscheidung orientieren. Stützt das Verwaltungsgericht seine Entscheidung alternativ auf mehrere Begründungen, muss die Beschwerde alle Begründungen aufgreifen, sich mit diesen auseinandersetzen und sie in Zweifel ziehen. Geht die Beschwerde auf nur eine Erwägung nicht ein, die die angefochtene Entscheidung selbstständig trägt bzw. lässt sie unangefochten, bleibt der Beschwerde schon aus diesem Grund der Erfolg versagt. Diese Anforderungen an die Beschwerdebegründung sind für einen Beschwerdeführer auch zumutbar. Mit Blick auf den Vertretungszwang ist sichergestellt, dass Beschwerdeführer rechtskundig vertreten sind (vgl. Beschlüsse des Senats v. 22.01.2013 – 2 M 134/12 –; v. 21.07.2011 – 2 M 31/11 – m.w.N.).

Die Anwendung dieser Maßstäbe führt im vorliegenden Fall zu dem Ergebnis, dass die Beschwerde jedenfalls zu Sache keinen Erfolg hat. Das Verwaltungsgericht hat insofern mit ausführlicher Begründung dargelegt, dass und aus welchen Gründen das durch Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG geschützte Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit der Allgemeinheit gegenüber dem durch Art. 8 Abs. 1 GG geschützten Recht der Antragstellerin auf die Teilnahme an einer Versammlung überwiegt und der vorliegende Sachverhalt nicht unter die Ausnahmeregelung des § 5 Abs. 6 Corona-LVO M-V fällt. Zwecks Vermeidung von Wiederholungen im Rahmen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit wird gemäß § 122 Abs. 2 Satz 3 VwGO auf die Gründe der angefochtenen Entscheidung Bezug genommen. Insbesondere hat das Verwaltungsgericht die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu versammlungsbeschränkenden Maßnahmen zum Zweck des Schutzes vor Infektionsgefahren beachtet (vgl. BVerfG, Beschluss v. 30.08.2020 – 1 BvQ 94/20 –, zit. nach juris).

Soweit die Antragstellerin auf ihre Funktion als zweite Vorsitzende der Partei WIR2020 verweist, ist ihrem Vortrag nichts dazu zu entnehmen, dass ihr durch die Nichtteilnahme an den in Rede stehenden Versammlungen jegliche Aufgabenwahrnehmung vollständig unmöglich gemacht wird (vgl. Senatsbeschluss vom 23.11.2020 – 2 KM 809/20 OVG –) .

Die Kostenentscheidung folgt aus § 154 Abs. 2 VwGO. Die Festsetzung des Streitwertes beruht auf § 52 Abs. 2 VwGO.

Hinweis:

Der Beschluss ist gemäß § 152 Abs. 1 VwGO und § 68 Abs. 1 Satz 5 i.V.m. § 66 Abs. 3 Satz 3 GKG unanfechtbar.

Redeker

ter Veen

Dr. Kolm

**Die Übereinstimmung dieser Abschrift
mit dem Original wird beglaubigt:**

Greifswald, 4. Dezember 2020

Mönnich, Justizangestellte
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle